

Für ein gutes und schönes Leben in Europa

Europapolitische Forderungen des Jugendwerks der AWO

an die EU-Legislaturperiode 2024 - 2029

Inmitten einer sich ständig wandelnden globalen Welt sind junge Menschen in Europa heute mehr denn je entschlossen, eine aktive Rolle in der Gestaltung ihrer Zukunft zu ergreifen. Sie streben nach Freiheit und der Verwirklichung eines solidarischen Europas, das sich gemeinsam gegen die aktuellen Krisen und Herausforderungen stellt wie dem Angriffskrieg in Europa, die Klimakatastrophe und der Anstieg rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte.

Mit Blick auf die bevorstehende Wahl des Europäischen Parlaments am 9. Juni 2024 formuliert das Bundesjugendwerk der AWO zentrale Anliegen und Forderungen an die Europäische Union (EU). Die Stimmen und Perspektiven der jungen Generation sind entscheidend, da sie eine weiterführende Vision von Europa hat, die über nationale Grenzen hinausgeht und die europäische Idee des Friedens weiterträgt. Die Zukunft Europas muss von einer solidarischen, partizipativen und zukunftsorientierten Vision geprägt sein. Dazu gehört auch, die demokratische Partizipation junger Menschen und das grenzüberschreitende Engagement EU-weit zu stärken. Damit ihre Interessen angemessen berücksichtigt werden, ist eine effektive und transparente Teilhabe junger Menschen an politischen Prozessen unerlässlich.

Für ein weltoffenes Europa

- Wir plädieren für ein Europa, das unter anderem auf den grundlegenden Prinzipien von Gleichberechtigung, Teilhabe und Chancengerechtigkeit aufbaut.
- Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf der wirksamen Bekämpfung von Diskriminierung gegenüber Minderheiten liegen, ebenso wie auf Maßnahmen gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Wir fordern einen umfassenden Diskriminierungsschutz für alle EU-Bürger*innen. Die Arbeit gegen geschlechtsspezifische Ungleichbehandlung und Unterdrückung muss durch die EU fortgesetzt und umgesetzt werden. Gleichzeitig muss die uneingeschränkte Teilhabe von Menschen mit Behinderung durch Fortführung der europäischen Strategie fortgeführt und die Integration von Disability Mainstreaming in Rechtsakte und Programme erreicht werden. Zudem braucht es finanzielle Rahmenbedingungen für Barrierefreiheit und Antidiskriminierung.

- Die Arbeit des Europäischen Parlaments sollte sich besonders darauf konzentrieren, nachhaltige Unterstützung für die Rechte und Anliegen der LGBTQIA+ Gemeinschaft zu gewährleisten. Dabei ist es wichtig, spezifische Maßnahmen zu entwickeln, die konsequent Gewalt und Hass gegen Frauen und LGBTQIA+ Personen entgegenwirken.
- Besondere Aufmerksamkeit sollte der Bekämpfung von Rassismus in allen Ausprägungen gelten. Hierbei ist es notwendig, gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um eine umfassende und effektive Unterstützung für die Rechte der Betroffenen sicherzustellen.
- Wir sprechen uns explizit für eine offene und menschenwürdige europäische Geflüchteten-, Migrations- und Asylpolitik aus. Die EU muss sich dafür einsetzen, dass die Menschenrechte gewahrt werden, Geflüchtete Schutz erhalten und sichere sowie legale Fluchtwege ermöglicht werden. Abschottung ist keine menschliche und politische Option. Es braucht Lebensrettung an den europäischen Außengrenzen. Die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung ist aufzuheben, denn Seenotrettung ist eine humanitäre Pflicht und kein Verbrechen.

Für ein soziales und solidarisches Europa

- Solidarität zwischen den Menschen und Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten muss eine europäische Priorität sein und mit Leben gefüllt werden. Sie dient als Grundlage für das Zusammenleben und Zusammenarbeiten im Sinne der sozialen Sicherheit und des Fortschritts. Die Solidarität muss auch für Menschen gelten, die nach Europa und in die EU flüchten.
- Armut und soziale Ausgrenzung sind in der EU allgegenwärtig. Mehr als 95 Millionen Menschen, davon 20 Millionen Kinder und Jugendliche, sind EU-weit davon bedroht. Der Armutsbekämpfung muss auf EU-Ebene höchste Priorität eingeräumt werden. Insbesondere müssen sich das EU-Parlament und die EU-Kommission für die Umsetzung des Ziels, Armut und soziale Ausgrenzung in jeglicher Form bis 2030 zu beenden, einsetzen.

- Die EU-Mitgliedsstaaten benötigen gemeinsame und verbindliche Maßnahmen in der Sozial- und Beschäftigungspolitik. Es braucht gemeinsame Standards für Arbeitsbedingungen wie Mindestlohn, Arbeitslosenversicherung und Mindesteinkommen. Für ein soziales Europa braucht es eine bessere Sozialpolitik. Die Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der EU ist immer noch doppelt so hoch wie die durchschnittliche Arbeitslosenquote. Das macht deutlich, dass dringend die sozialpolitische Dimension der EU im Sinne der Interessen junger Menschen gestärkt werden muss. Dafür braucht es EU-weite Mindeststandards für die Ausbildung in Europa und die Abschaffung unbezahlter Praktika.
- Die Bildungs- und Jugendförderprogramme Erasmus+ und der Europäische Solidaritätskorps müssen bedarfsgerecht und strukturell ausgebaut werden. Diese Programme spielen eine wichtige Rolle bei der Förderung der Bildung und des Engagements junger Menschen in ganz Europa.

Für ein demokratisches Europa

- Rechtspopulistische und rechtsextreme Kräfte in Europa greifen zunehmend die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit an und stellen die Grundwerte der EU offen und aggressiv infrage. Umso wichtiger ist es, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit mit vorhandenen und neuen Instrumenten konsequent zu verteidigen und zu stärken.
- Dazu zählt auch die Förderung einer starken Zivilgesellschaft als politische Akteurin, die in die weitere Ausgestaltung der EU einbezogen wird. Dazu muss das Europäische Parlament deutlich gestärkt werden. Der Europäische Gesetzgebungsprozess muss in allen Phasen transparent und nachvollziehbar sein.

Für ein jugendgerechtes Europa

- Wir fordern die Erhaltung, Stärkung und finanzielle Unterstützung demokratisch selbstorganisierter Jugendverbände und -ringe. Sie müssen als Interessenvertretung junger Menschen in europäische Prozesse eingebunden und angehört werden.
- Wir fordern die Einführung eines EU-weit einheitlichen Wahlalters ab 16 Jahren. Dies würde jungen Menschen die Möglichkeit geben, aktiv an demokratischen Prozessen teilzunehmen und ihre Interessen zu vertreten.

- Der EU-Jugenddialog als zentrales Beteiligungsinstrument der EU-Jugendstrategie muss dauerhaft etabliert und dessen Wirksamkeit erhöht werden. Dies ist entscheidend, um sicherzustellen, dass junge Menschen in Europa in die Gestaltung ihrer Zukunft eingebunden werden und die EU ihre Anliegen ernst nimmt.

Für ein zukunftsfähiges Europa

- Zentral für die Zukunftsfähigkeit von Europa sind unterschiedliche Aspekte, wichtig ist ein intensivierter Integrationsprozess sowie die Stärkung demokratischer Kräfte, insbesondere durch die Förderung der Arbeit von Jugendverbänden, wie beispielsweise internationale Begegnungen oder Fachkräfte Austausch.
- Die Klimakrise ist nicht nur eine ökologische Herausforderung, sondern auch eine soziale Frage. Weltweit, in der EU und in Deutschland sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohte Menschen schon heute den gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Klimakrise in besonderer Weise ausgesetzt. Die Kosten einer nicht ausreichenden Bekämpfung der Klimakrise sind immens. Wir fordern daher die konsequente Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Wir brauchen eine langfristige Klimaschutzstrategie, die das Ziel einer europaweiten Klimaneutralität bis in die 2030er Jahre sowie eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 65 Prozent bis 2030 verfolgt. Die nachhaltigen Entwicklungsziele müssen bei sämtlichen EU-Institutionen und Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden. Die Abhängigkeit der Wirtschaft von fossilen Energieträgern in Europa ist struktur- und sozialverträglich bis zu einer unabhängigen, klimaneutralen Wirtschaft abzubauen.
- Die EU als einer der größten Wirtschaftsräume muss weltweit klare Standards für Menschenrechte, Umweltschutz und Klima in den Wertschöpfungsketten fördern. Ein starkes EU-Lieferkettengesetz muss Unternehmen dazu verpflichten, umfassende Sorgfaltspflichten in diesen Bereichen einzuhalten. Zudem muss das Gesetz klare Sozialstandards an allen Stufen der Wertschöpfungskette festlegen, Hürden für die Durchsetzung von Rechten abbauen und behördliche Kontrollen sowie Sanktionsmöglichkeiten einführen.
- Im Bereich der Digitalisierung müssen konkrete politische Maßnahmen umgesetzt werden, die die digitale Dekade gestalten, insbesondere im Hinblick auf Inklusion, Kinderschutz, den Schutz von Frauen und LGBTQIA+ Personen vor digitaler Gewalt und die Förderung digitaler Nachhaltigkeit.